Blick in die Zeitschriften

Autor(en): **Fabian, Walter**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **41 (1962)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

langen, zähen Verhandlungen hat der Ministerrat der EWG am 14. Januar einstimmig beschlossen, rückwirkend auf den 1. Januar die Einleitung der zweiten Phase des Gemeinsamen Marktes einzuführen. Besonders die gemeinsame Agrarpolitik gab viel zu reden, und es ist noch keineswegs sicher, ob sich die Agrarfrage in den nächsten Jahren lösen läßt. Sicher aber ist, daß der jetzige Entscheid des Ministerrates ein wichtiger Schritt auf ein gemeinsames Europa hin ist, denn mit dem Übergang zur zweiten Phase ist die EWG unwiderruflich geworden, und — was vielleicht noch wichtiger ist — ihr supranationaler Charakter hat sich verstärkt, indem nun für eine Reihe von Beschlüssen im Ministerrat nicht mehr Einstimmigkeit, sondern nur ein qualifiziertes Mehr erforderlich ist. Der Entschluß des Ministerrates hat denn auch überall ein sehr positives Echo ausgelöst.

Blick in die Zeitschriften

Die mannhaften Worte, die *Walther Bringolf* in seiner Präsidialadresse im Nationalrat gegen den Konformismus gesprochen hat, haben auch in der Bundesrepublik lebhafte Beachtung gefunden. «*Die Feder*», Monatszeitschrift der Deutschen Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und Papier, zitiert in ihrem Leitartikel zum Jahreswechsel (10. Jahrgang, Heft 1) die wichtigsten Sätze aus Bringolfs Rede und unterstreicht: «Gerade die Presse, aber auch jeder einzelne von uns, hat die Verpflichtung, im Kampf gegen den Totalitarismus nicht den lebendigen Widerstand gegen den Konformismus zu vergessen.»

Wie groß gerade in der Bundesrepublik die Gefahren einer falsch verstandenen «Einigkeit» sind, wurde zum Jahresanfang an verschiedenen Stellen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Dafür einige Beispiele.

«*Deutschland im Nebel*» ist ein mit guten Gründen alarmierender Leitartikel überschrieben, den *Karl Gerold* in der Silvesterausgabe seiner «*Frankfurter Rundschau*» veröffentlicht. Wir können aus Raummangel leider nur ein paar besonders markante Sätze zitieren:

«Betrachten wir uns das bundesrepublikanische Deutschland, so sehen wir wenig Erfreuliches. Wohin wir schauen: Opportunismus und Warten auf das, was andere tun — und nichts als das! Oder hat uns in bezug auf das, was wir zu erwarten haben, irgend jemand, irgendeine Partei auch nur irgendeinen klaren Gedanken, eine Vorstellung von dem, was wir wollen oder zu wollen hätten, irgend etwas Klares gesagt? Nichts von alledem ... Die Regierung sagt uns nicht die Wahrheiten, von denen sie weiß. Die soge-

nannte Oppositionspartei, die Sozialdemokraten, schweigen und warten ... Das alles im Zeichen des künftigen Notstandes!

Aber wo ist der Notstand? Nicht an der Stelle, für die wir langsam, aber sicher vorpräpariert werden sollen. Nicht dort, wo das bessere Wissen zum Schweigen verurteilt wird ... Der Notstand ist nur dort, wo der Nebel über der Wahrheit lastet ... Eines wissen wir: wenn die Lügen am Krankenbett der Politik des Bundeskanzlers sich im nächsten Jahr lichten sollen, dann bedarf es der Männer und mit ihnen des freien Wortes, das von ihnen — mehr als bisher — vor allem Volk ausgesprochen werden muß!»

Ähnliche Betrachtungen finden wir im «*Kölner Stadt-Anzeiger*» (1962, Nr. 5); *Joachim Besser*, der neue Chefredaktor des Blattes, überschreibt seinen ersten Leitartikel «Die Sprache von 1962» und beginnt folgendermaßen:

«Dem deutschen politischen Wortschatz droht im Jahre 1962 Verkümmerung. Er beginnt auf eigenartige Wort- und Satzbildungen wie die folgenden zu schrumpfen: ‚Zusammenhalten', ‚Bedrohung aus dem Osten', ‚Opfer bringen', ‚Einigkeit über alles', ‚Notstand'. Alles dies klingt düster, unheilbringend ... Was besonders beunruhigt, ist die Tatsache, daß gar keine andere Sprache mehr zu hören ist. Daß ‚die Lage ernst ist', vernehmen wir ja seit zehn Jahren mit strenger Regelmäßigkeit, besonders lebhaft allerdings vor Wahlkämpfen, aus dem Munde des Bundeskanzlers. Heute hören wir diese Mitteilung auch aus dem Munde Ollenhauers und Brandts. Der ältere Bundesbürger erinnert sich des Ausspruches Kaiser Wilhelms II.: ‚Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.' Er vergleicht, sieht zwar keine außenpolitischen Ähnlichkeiten zu 1914, findet aber, daß ein heute lebender Kaiser einen solchen Ausspruch gar nicht mehr zu tun brauchte. Wir sind schon alle einig.

Sind wir es wirklich? Wird mit den großen Worten nicht in Wahrheit die politische Einfallslosigkeit verdeckt? Oder ist man nur einig aus Opportunismus und Lethargie? Gibt es wirklich nur noch einen Weg? Ist es nicht vielmehr so, daß wir Deutschen mehr denn jemals zuvor der Alternativen einer Opposition bedürfen, damit sich die Regierungspolitik an ihnen immer wieder korrigieren kann? ... Einigkeit kann auch gefährlich sein. 1914 sind wir einig in das Unglück des Ersten Weltkrieges marschiert, 1939 haben wir einig eine Weltkatastrophe heraufbeschworen. Sollten wir nicht mißtrauisch sein gegen solche Appelle?»

«Die Mauer des Herrn Ulbricht», fährt Besser fort, «ist kein Zeichen der Stärke und schon gar nicht der militärischen Aggressionsabsicht. Ulbricht sucht seine gescheiterte Politik hinter diesem Steinwall zu verbergen. Aber wir im Westen müssen uns wohl ebenfalls eingestehen, daß mit dieser Mauer auch unsere Politik der Illusionen gescheitert ist. Also was nun? Keine

andere Antwort als Einigkeit, Notstand, Zusammenhalten? Nur *eine* Ansicht und keine sonst? Benötigen wir jetzt nicht dringender als jemals zuvor *neue* Analysen, Prüfungen, Gedanken, Überlegungen? Müßte nicht eine harte Debatte unserer Parteien über den bestmöglichen Weg einsetzen? ... Soll jetzt ein Vokabular aus unheilvoller Vergangenheit die Stimme derer zum Schweigen bringen, die andere Wege für segensreicher halten?»

Besser spricht aus, «daß unsere Politik, die mit Hilfe von Rüstung und Stärke die Wiedervereinigung erreichen wollte, gescheitert ist» und sagt dann: «Wir stehen vor der Mauer, doch das bedeutet nicht, daß wir jetzt auch ein Brett vor dem Kopf haben müssen ... Es gilt zu begreifen, daß uns nur Entspannung retten kann und nicht Krieg und ganz gewiß nicht der Ruf nach Atombomben. Es gilt festzulegen, wo der deutsche Beitrag zur Entspannung liegen muß.»

«Das gefährliche Spiel mit der Angst» geißelt der Gewerkschaftsführer *Adolph Kummernuß* im «*ÖTV-Magazin*» (Januar 1962). Er setzt sich sehr kritisch mit der Propaganda für die «Aktion Eichhörnchen» (Notvorrat für den Ernstfall) auseinander und sagt, «im Handumdrehen verwandelt sich das niedliche Eichhörnchen ... in eine üble Ratte, die an den Grundlagen der Demokratie und unserer Existenz nagt», denn «der Verdacht drängt sich auf, daß diese massive Berufung auf den Ernstfall noch andere Zwecke verfolgt ... Soll die Bevölkerung Schritt für Schritt an den Gedanken des Notstandes gewöhnt werden, damit sie ihren Widerstand gegen ein antidemokratisches Notstandsgesetz aufgibt? ... In diesem Punkt kann man nicht wachsam genug sein. Das Spiel mit der Angst vor dem Ernstfall ist so unverantwortlich wie gefährlich.»

*

Die bisher bemerkenswerteste Würdigung der völkerrechtlichen und rechtsphilosophischen Aspekte des Eichmann-Urteils fanden wir in der Basler «*National-Zeitung*» (Nr. 594, 1961) aus der Feder des Zürcher Juristen Dr. Manfred Kuhn, der dem Prozeß und der Urteilsverkündung beigewohnt hat. Wir können leider, aus Raumgründen, hier nur die wichtigsten Schlußfolgerungen Kuhns zitieren:

«Der eigentliche juristische Streitgegenstand war die Souveränität des Staates und die Konstituierung einer unmittelbaren strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Einzelmenschen in Einschränkung dieser Souveränität ... Damit ist man am Kern des rechtlichen Gehaltes angelangt: Die Souveränität des Staates wird mit Bezug auf Kriegsverbrechen verneint. Der verbrecherische Befehl gilt nicht mehr als legaler Staatsakt — auch nicht als Kriegshandlung im bisher üblichen Sinne. Während in Nürnberg das Verbrechen des ‚Angriffskrieges' im Mittelpunkt stand, wird hier *jedes* Kriegs-

verbrechen, auch jenes des ‚Verteidigers', geahndet. Das ist eine deutliche Akzentverschiebung und Weiterentwicklung der Nürnberger Grundsätze ...

Unter grundsätzlichen Gesichtspunkten weist das Urteil über den gegenwärtigen völkerrechtlichen Zustand hinaus in die Zukunft, erhält es gleichsam einen *programmatischen Charakter.* Und das ist meines Erachtens die tiefste Bedeutung dieses Urteils in weltpolitischer Sicht. Das Recht ist Menschenwerk und daher nie vollendet. Es wurde in Jerusalem weitergebildet in Vorwegnahme eines völkerrechtlich höchst erwünschten, aber noch nicht effektiven und universal geltenden Rechtszustandes, mit dem Blick auf ein *Menschheitsrecht,* das Verbrechen wie diejenigen Eichmanns radikal ausschließt.

Das Eichmann-Urteil ist zusammen mit den Urteilen von Nürnberg und den Genocid-Abkommen ein überaus wichtiger Schritt in die einzig denkbare Richtung. Entweder man wird dieses Urteil auch noch in fünfhundert Jahren als wegweisend zitieren — oder man wird es nicht mehr zitieren, weil die Menschheit nicht mehr existiert.» *Walter Fabian*

Stimmen der Völker im Sprichwort

Geld regiert die Welt

Wo die Münzen klingen, schweigen die Philosophen. (Serbisch)

Sogar die Wahrheit ertrinkt, wenn Gold obenaufschwimmt. (Russisch)

Dem Maulesel, der mit Gold bepackt ist, stehen alle Burgtore offen. (Armenisch)

Geld, Gewalt und Gunst bricht Recht, Siegel und Kunst. (Niederländisch)

Das Feuer erprobt das Gold, das Gold den Richter. (Türkisch)

Ohne Geld singt man keine Messe. (Sizilianisch)

Point d'argent, point de Suisse (Kein Kreuzer, kein Schweizer). (Französisch)

Wer Geld hat, findet Vettern. (Italienisch)

Hast du Geld, so bist du weise, hast du keins, bist du ein Tor. (Türkisch)

Schönheit ist mächtig, aber Geld ist allmächtig. (Englisch)

Mein und Dein trennt die Welt. (Polnisch)

Geld spricht mehr als zwölf Gerichtsleute. (Dänisch)

Wer Geld hat, kann den Teufel dazu bringen, seine Mühle zu drehen. (Chinesisch)